

VON RAINER ARNOLD

Die Entscheidungen für die noch laufende Bundeswehrreform liegen mittlerweile einige Jahre zurück. Jetzt zeigen sich zunehmend auch die Schwachstellen der Reform, zumal sich die sicherheitspolitische Welt um uns herum in den letzten beiden Jahren dramatisch verändert hat. Dem muss jetzt Rechnung getragen und entsprechend des Koalitionsvertrages nachgesteuert werden. Wir werden dazu, wie in der Vergangenheit auch, unsere Vorschläge einbringen. Die Äußerungen der Regierung, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen und die zunehmende Bereitschaft zu einer stärkeren Arbeitsteilung in NATO und EU, zwingen uns beispielsweise zu einer stärkeren Schwerpunktsetzung bei den Fähigkeiten unserer Streitkräfte. Wo bei den europäischen Partnern Mangel herrscht, aber die Bundeswehr stark ist, muss sie diese Stärken ausbauen, wo sie schwächer aufgestellt ist, sollten Partner vorangehen.

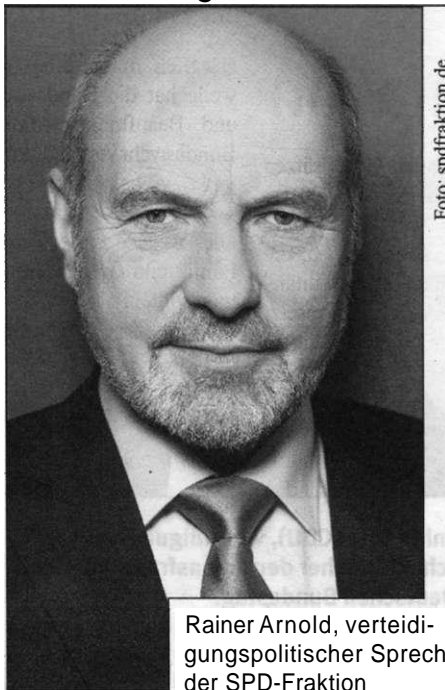


Foto: spdfraktion.de

Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

All diese Maßnahmen kosten Geld. Es sind Mittel, die für die Zukunft der Bundeswehr sehr gut angelegt sind. Manch einer meint, dies Geld sei in moderner Rüstung und Ausrüstung besser investiert als in attraktivere Arbeitsbedingungen für die Streitkräfte. Aber nur zusammen wird ein Schuh draus: Für motivierte Soldatinnen und Soldaten macht auch eine moderne Ausrüstung Sinn - beide sind die zwei Seiten derselben Medaille.

Man hilft der Bundeswehr nicht mit Versprechungen für einen signifikanten Aufwuchs des Einzelplans 14, die nicht zu halten sind. Das wird sich spätestens im November, wenn der Haushalt im Bundestag abgestimmt wird, zeigen. Wir haben uns im Koalitionsvertrag auf die Einhaltung der Schuldenbremse verständigt, daran wird nicht gerüttelt. Der Verteidigungshaushalt ist in der mittelfristigen Finanzplanung bei etwa 32 Milliarden Euro verstetigt. Durch den Abzug aus Afghanistan und die zunächst sinkenden Personalkosten stehen Finanzmittel zur Verfügung.

Ein attraktiver Arbeitgeber für unsere Sicherheit

Bei all den notwendigen strukturellen Veränderungen müssen allerdings die Menschen in der Bundeswehr im Focus bleiben: „Nur hoch motiviertes Personal ist bereit, diesen umfassenden Prozess mitzugehen. Umso wichtiger ist es, dass der Dienst in der Bundeswehr attraktiv bleibt. Dafür kommt es vor allem auf ein modernes Arbeitsumfeld, Aufstiegschancen, verbesserte Durchlässigkeit der Laufbahnen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf an.“ (Zitat aus dem Koalitionsvertrag vom 27.11.2013)

Noch nicht allen in unserer Gesellschaft scheint bewusst zu sein, was die Aussetzung der Wehrpflicht 2008 für die Nachwuchsgewinnung der Streitkräfte bedeutet. Noch können wir uns über Personalmangel nicht beklagen, aber die Truppe zehrt noch von den vielen Verlängerungen der Verpflichtungszeiten bei den Zeitsoldaten. Darüberhinaus ist der Soldatenberuf anspruchsvoller geworden. Wenn die Bundeswehr auch in Zukunft kluge junge Menschen gerade auch für die Mannschaftsdienstgrade gewinnen will, muss sie etwas tun. Und das schnell, die Truppe braucht im Jahr über 60 000 Bewerber, um ihre Aufgaben so wie bisher bewältigen zu können. Gerade im Hinblick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels ist eine weitere Steigerung der Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr, so wie von uns seit Jahren gefordert, überfällig. Im Herbst diesen Jahres werden wir im Parlament ein umfangreiches Artikelgesetz zur Attraktivität beraten. Dieses Gesetzespaket wird deutlich über die Maßnahmen hinausgehen, die die Verteidigungsministerin bereits angestoßen hat. Es wird darin u.a. um den ganzen Bereich der Versorgungsbezüge gehen - aber auch um eine angemessene Vergütung für notwendigen mehrgeleiteten Dienst und die Überarbeitung und Vereinfachung des Zulagenwesens.

Ganz wesentlich ist für uns Verteidigungspolitiker, endlich eine faire Behandlung der unterschiedlichen Zeitsoldaten in Anlehnung an Versorgungsregeln und Leistungen von Angestellten im öffentlichen Dienst zu schaffen. Hier dürfen wir zur Not auch die Auseinandersetzung mit dem Innenminister nicht scheuen. Soldaten sind keine „normalen“ Beamten, sie verteidigen die Sicherheit Deutschlands, wenn es darauf ankommt, mit dem Einsatz ihres eigenen Lebens. Gerade Zeitsoldaten scheidet mittlerweile deutlich später aus dem aktiven Dienst aus und haben danach noch einen weiteren Berufsabschnitt vor sich. Für sie müssen in Zukunft andere Regeln gelten, hier haben wir eine besondere Fürsorgepflicht.

Ein Sorgenkind ist und bleibt der Sanitätsdienst. Ohne zusätzliche Dienstposten können die Lücken, die einerseits durch die erfreulich hohe Zahl der Soldatinnen in der Familienphase im Grundbetrieb und andererseits durch die Abwanderung in den zivilen Sektor entstanden sind, nicht mehr aufgefangen werden. Machen wir uns nichts vor: Die Sanität braucht eine Struktur, die mehr Reserven vorhält.

Der Sanitätsdienst hat Nachwuchssorgen. Bundestagsabgeordneter Rainer Arnold plädiert für eine großzügiger ausgeplante Personalstruktur.

Dies ist eine solide Basis zur Auftragserfüllung der Bundeswehr für die nächsten Jahre und das reicht auch für die Attraktivitätsagenda. Allerdings nur, wenn ab dem Jahr 2017 die steigenden Personal- und Betriebskosten jeweils zusätzlich im Haushalt abgebildet werden.

Die Verhandlungen im Herbst mit dem Innen- und Finanzministerium versprechen nicht einfach zu werden. Bei dem Thema Attraktivität hat die Ministerin unsere volle Unterstützung. Für eine zukunftsfähige Bundeswehr kämpfen wir Sozialdemokraten auch im Parlament.

